

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Kay Möller

China im Westen

Australien und Kanada

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten
im Feld der Forschungsgruppe, die
nicht als SWP-Papiere
herausgegeben werden. Dabei kann
es sich um Vorstudien zu späteren
SWP-Arbeiten handeln oder um
Arbeiten, die woanders
veröffentlicht werden. Kritische
Kommentare sind den AutorInnen
in jedem Fall willkommen.

Diskussionspapier FG7, 2006/01, Januar 2006
SWP Berlin

Inhalt

Australien 3

Kanada 5

Irritationen, keine Brüche 6

2004 und 2005 kam es zwischen den USA und ihren Verbündeten Australien und Kanada zu Spannungen über Canberras und Ottawas Chinapolitik. Im August 2004 erklärte der australische Außenminister Alexander Downer auf einer Pressekonferenz in Peking, dass Canberras aus dem so genannten Anzus (Australia-New Zealand-US)-Vertrag von 1952¹ resultierenden Verpflichtungen nicht zwingend zu einer australischen Intervention in einem amerikanisch-chinesischen Konflikt um Taiwan führen würden.² Anfang 2005 versuchte Präsident George Bush vergeblich, seinen australischen Kollegen John Howard zur erneuten Verhängung eines 1992 aufgehobenen Waffenembargos gegen Peking zu bewegen.³ Zuvor hatte Washington Canberra erfolglos davor gewarnt, der Volksrepublik in bilateralen Freihandelsverhandlungen den Status einer Marktwirtschaft einzuräumen.⁴ 2005 begründete Kanada eine "Diversifizierung" seiner Exporte nach China (und Indien) mit handelspolitischer Diskriminierung durch die USA.⁵

Diese Kontroversen wurden vor dem Hintergrund schnell wachsender chinesischer Rohstoffimporte aus beiden Staaten ausgetragen. Im Mai 2005 erwarben zwei chinesische Staatsbetriebe substantielle Aktienpakete an kanadischen Firmen, die in der Provinz Alberta ölhaltige Sände ausbeuten. Anfang 2006 forderte die Bush-Administration Canberra auf, geplante Uranexporte nach China von strengen Sicherheitsauflagen abhängig zu machen.⁶

Die vorliegende Analyse unternimmt eine Abwägung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Elemente in den Chinapolitiken Australiens und Kanadas.

Australien

China ist seit den 70er Jahren ein wichtiger Abnehmer australischer Rohstoffe, die mittlerweile etwa drei Fünftel aller australischen Exporte in die Volksrepublik ausmachen. Dazu gehören Eisenerz, Tonerde, Rohöl und Aluminium. Ab 2006 wird Australien für 25 Jahre Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG) mit einem jährlichen Wert von 500-700 Mio. US-Dollar nach Kanton liefern. Darüber hinaus importiert China landwirtschaftliche Produkte wie Wolle, Gerste und Tierhäute. Die Volksrepublik ist binnen sieben Jahren von Canberras fünftwichtigstem zum drittwichtigsten Handelspartner hinter den USA und Japan geworden. Der bilaterale Handel hat sich zwischen 1999 und 2004 verdoppelt und beläuft sich seither auf 11,2 Prozent des australischen Welthandels, wobei Australien 2004 ein Defizit in Höhe von 6,5 Mrd. US-Dollar verzeichnete.⁷ Ausschlaggebend für den Zuwachs waren ein 50-prozentiges Wachstum der chinesischen Eisenerz- und Kohleimporte und 57-prozentiges Wachstum bei Kupfer und Kupfererz. Australische Uranexporteure erwarten für den Fall eines Abschlusses mit China eine Verdoppelung ihrer jährlichen Gewinne⁸ (Australien verfügt über mehr als 40 Prozent der Uranreserven der Welt). Die Bedeutung solcher Geschäfte für die öffentlichen und privaten Kassen ist angesichts einer australischen Auslandsverschuldung in Höhe von 294 Mrd. US-Dollar beträchtlich.

Fügte sich Canberras Chinapolitik bis Mitte der 80er Jahre problemlos in den bündnispolitischen Rahmen, so initiierten die Labor-Premiers Bob Hawke (1983-1991) und Paul Keating (1991-1996) aus wirtschaftlichen Gründen eine unabhängigere Außenpolitik. Dabei traten menschenrechtliche

¹ Neuseelands Mitgliedschaft ruht seit Wellington 1984 amerikanischen Schiffen und U-Booten mit Atomwaffen bzw. atomarem Antrieb die Landrechte versagte.

² Vgl. Catherine Armitage, "Downer Assures China on Taiwan", *The Australian*, 18.8.2004, S. 1.

³ Gopal Ratnam, "US Is Inconsistent toward Allies on China", *Defense News*, 28.3.2005, S. 6.

⁴ Vgl. Mohan Malik, "The China Factor in Australia-US Relations", in: *China Brief*, Bd. 5, Nr. 8 (12.4.2005; online). Australien erkannte China den Status einer Marktwirtschaft vor der Aufnahme offizieller Freihandelsverhandlungen im April 2005 zu. Neuseeland hatte diesen Schritt bereits im Dezember 2004 vollzogen.

⁵ Vgl. Jack Aubry, "Irked Canada Courts another Superpower" *The National Post* (Toronto), 11.10.2005 (online).

⁶ Vgl. *Agence France-Presse*, 11.1.2006, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 11.1.2006.

⁷ Vgl. *Directory of Trade Statistics* (Washington: Weltwährungsfonds, Dezember 2005). Zwischenhandel über Hongkong ist nicht berücksichtigt.

⁸ Vgl. Josh Gordon, "Canberra Set on Uranium Deal", *The Age*, 17.6.2005 (online).

Erwägungen ab Anfang der 90er Jahre zunehmend in den Hintergrund. Der Konservative John Howard (1996-) initiierte zwar eine Stärkung der Allianz mit den USA,⁹ war dabei aber bemüht, die Wirtschaftsbeziehungen zu China nicht zu beschädigen, nachdem Peking seine Regierung kurz nach Amtsantritt scharf für ihre Unterstützung der Clinton-Administration in der Taiwan-Krise des Jahres 1996 kritisiert hatte.¹⁰ Australien war neben Japan der einzige Regionalstaat gewesen, der sich in diesem Sinne engagiert hatte, was in China den Eindruck einer neuen amerikanischen Containment-Strategie mit den "Ankern" Tokyo und Canberra entstehen ließ.¹¹

Zur Schadensbegrenzung vereinbarten Australien und China im April 1997 jährliche Militärgespräche und einen Austausch von Offizieren, und Howard erklärte, man wolle die bilateralen Beziehungen unabhängig von Allianzgesichtspunkten ausbauen.¹² Diese Variante "strategischer Ambiguität" geriet im September 1999 ins Wanken, als der sicherheitspolitische Berater des Kandidaten George W. Bush anlässlich eines Besuchs in Canberra für den Fall australischer Neutralität in einer Taiwan-Krise das Ende des Anzus-Pakts in Aussicht stellte.¹³ Umgekehrt drohte zwei Monate später ein Mitarbeiter des chinesischen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin Australien in einem Interventionsszenario mit "sehr ernststen Konsequenzen".¹⁴

Wenig später stimmte Peking im Weltsicherheitsrat für eine Intervention der Staatengemeinschaft in Osttimor, die Canberra anführen musste, weil die USA diese Verantwortung nicht übernehmen wollten. Premierminister Howard charakterisierte die australische Peacekeeping-Rolle in einem (später dementierten) Interview als die eines "Hilfssheriffs"¹⁵ und sorgte damit in China und anderen Regionalstaaten für Irritationen.¹⁶

Pekings diplomatische Gegenoffensive gipfelte im Oktober 2002 in der Unterzeichnung des erwähnten LNG-Abkommens und ein Jahr später in einem offiziellen Australien-Besuch von Staats- und Parteichef Hu Jintao, der in einer Rede vor dem australischen Parlament ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der Stabilität im Südpazifik und im pazifischen Asien konstatierte und Australien indirekt eine legitime Rolle als Vermittler und Friedensstifter in der Region bescheinigte.¹⁷ Zuvor hatte Peking Australien erfolglos aufgefordert, zur Bekämpfung kommender Krisen zusammen mit anderen Regionalstaaten eine schnelle Eingreiftruppe unter gemeinsamem Kommando aufzustellen.¹⁸

Vor diesem Hintergrund erklärte Außenminister Alexander Downer im August 2004: "Die Anzus-Verpflichtungen werden nur im Falle eines direkten Angriffs auf die USA oder Australien relevant. Andere Aktivitäten in anderen Regionen...spielen dabei keine Rolle."¹⁹ Ein Sprecher des amerikanischen State Department erwiderte: "In Artikel IV und V des Vertrages heißt es ausdrücklich, dass ein bewaffneter Angriff auf eine der beiden Parteien im Pazifik gemeinsame Gegenmaßnahmen auslöst. Ein Angriff im

⁹ Im Juli 1996 unterzeichneten Howard und der amerikanische Präsident Bill Clinton eine gemeinsame Erklärung, der zufolge Anzus mehr als regionales Bündnis denn als Komponente der amerikanischen Globalstrategie zu verstehen war. Vgl. *Sydney Statement* (Canberra: Department of Foreign Affairs and Trade, 1996, online).

¹⁰ Vgl. Gary Klintworth, "Australian Interests in the Region", in: William Tow (Hrsg.), *Australian-American Relations: Looking toward the Next Century* (South Melbourne: Macmillan, 1998), S. 153/4.

¹¹ Vgl. Li Xuejiang, "Die 'beiden Anker' der USA, *Renminribao*, 6.8.1996, zitiert in: Foreign Broadcast Information Service, CHI-96-156, 6.8.1996.

¹² Vgl. William T. Tow, *Australia, the United States and a 'China Growing Strong': Managing Conflict Avoidance* (Canberra: Australian Political Science Association, 4.-6. Oktober 2000), S. 2.

¹³ Vgl. Peter Hartcher, "Australia Urged to Take China Conflict Role", *Australian Financial Review*, 31.8.1999, S. 1.

¹⁴ Ders., "US and Them: China Warns Australia over Taiwan", *ibid.*, 5.11.1999, S. 1.

¹⁵ Fred Brenchley, "The Howard Defence Doctrine", *The Bulletin*, Bd. 117, Nr. 6193 (1999), S. 22-4.

¹⁶ Vgl. "Howard Backs off from 'US Deputy' Claim", *Xinhua*, 28.9.1999.

¹⁷ Vgl. Hu Jintao, "Constantly Increasing Common Ground", in: *australianpolitics.com*, 24.10.2003.

¹⁸ Vgl. William Tow/Russell Trood, "Power Shift: Challenges for Australia in Northeast Asia", in: *Strategy* (Australian Strategy Policy Institute), 2004 (online).

¹⁹ Armitage, "Downer Assures China on Taiwan".

Pazifik schließt jeglichen Angriff auf Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge des Staates ein.²⁰ Daraufhin veranlasste Premierminister Howard Downer zu einer Klarstellung mit dem Tenor, Canberra äußere sich traditionell nicht zu seinem Krisenverhalten.²¹

Als die Volksrepublik China im März 2005 ein so genanntes Anti-Sezessionsgesetz für Taiwan verabschiedete, wurde der australische Außenminister mit der Bemerkung zitiert, der Anzus-Vertrag könne im Falle eines bewaffneten Konflikts in der Taiwan-Straße relevant werden, "aber das ist etwas völlig anderes als zu sagen, Australien werde sich in diesem Fall für einen Kriegseintritt entscheiden".²²

Im selben Monat forderte Peking die australische Regierung auf, ihre Anzus-Mitgliedschaft im Interesse der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu überprüfen.²³ Vor diesem Hintergrund brachte Howard sein Land nunmehr als "ehrlichen Mittler" im pazifischen Asien im Allgemeinen und zwischen Washington und Peking im Besonderen ins Gespräch.²⁴ Kurz darauf zeichnete Australien den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, Asean) und sicherte sich damit einen Platz auf dem ersten Ostasiatischen Gipfeltreffen (East Asian Summit, EAS), das im Dezember 2005 in Kuala Lumpur stattfand. Die USA, denen dieses Privileg verwehrt blieb, hatten Canberra anscheinend gebeten, ihre Interessen in diesem Rahmen wahrzunehmen.²⁵ Wohl auch angesichts dieser Entwicklung haben China und mehrere Asean-Staaten das Interesse am EAS-Prozess wieder verloren und erbrachte der erste Gipfel keinerlei inhaltlichen Weichenstellungen.

Kanada

Der Anteil Chinas am kanadischen Außenhandel lag 2004 bei 4,1 Prozent (1999: 1,7%), wobei Kanadas Defizit mit 15,4 Mrd. US-Dollar deutlich größer war als das australische.²⁶ Trotz eines relativ geringen Gesamtaufkommens ist China seit 2003 Kanadas drittwichtigster Handelspartner nach den USA und Japan.

Seit dem Rückgang der Weizenexporte von 60 Prozent der kanadischen Ausfuhren in den 70er und 80er Jahren auf 10 Prozent Anfang der 90er Jahre dominieren ähnlich wie in Australien Rohstoffe mit ca. vier Fünfteln aller Exporte nach China. Dazu zählen Eisen, Stahl und Nickel, aber zunehmend auch Holzprodukte.²⁷

Kanada war 1970 unter den ersten Verbündeten der USA gewesen, die diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen hatten. Anders als im australischen Fall hatte die Allianz mit Washington zu dieser Zeit keine chinesischen Irritationen provoziert, weil Ottawa sie strikt im transatlantischen Nato-Rahmen interpretierte (und etwa 2003 eine Beteiligung an der Intervention im Irak ablehnte). Der liberale Premierminister Pierre Trudeau (1968-1979) wollte die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA unter anderem mit mehr Chinahandel bekämpfen. Anfang der 70er Jahre wurde Kanada zum wichtigsten Weizenlieferanten der Volksrepublik, und Trudeaus diplomatischer Vorstoß sicherte diese Rolle vorübergehend ab.

Ottawas Hinwendung zu China und zum Pazifik, die ihren Ausdruck 1989 in der Veröffentlichung einer Zehn-Jahres-Strategie fand,²⁸ überlebte das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens vom selben

²⁰ Vgl. Malik, "The China Factor".

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. Grame Dobell, "PM Sees Australia as Mediator in Asia-Pacific", *Australian Broadcasting Corporation*, 1.4.2005 (online).

²⁵ So der ehemalige Staatssekretär im State Department Richard Armitage, zitiert in: Sushil Seth, "Armitage Speech Shows US Concerns in Asia", *Taipei Times*, 1.9.2005, S. 8.

²⁶ Vgl. *Direction of Trade Statistics*. Zwischenhandel über Hongkong ist nicht berücksichtigt.

²⁷ Vgl. *Canada's Trade with China, 1995 to 2004*, The Daily, 8.6.2004 (online).

²⁸ Vgl. Philip Yang, "Multilateral Diplomacy and International Participation: Canada's Asia-Pacific Policy and Implications for Taiwan", in: *Taiwan Security Research*, 18.12.1998 (online). Diese Initiative, die auch politische und sicherheitspolitische Elemente enthielt, wurde 2005 durch in einer eher handelspolitisch

Jahr, zumal sie in die Asia-Pacific Economic Cooperation (Apec) und andere multilaterale Kontexte eingebettet wurde. Mit der Volksrepublik wurde 1997 eine "umfassende kooperative Partnerschaft für das 21. Jahrhundert" proklamiert,²⁹ ein Prädikat, das Australien bis heute verwehrt bleibt. Militärische Kontakte waren bereits zwei Jahre zuvor geknüpft worden. Damit schienen die bilateralen Möglichkeiten allerdings zunächst wieder ausgereizt. Kanadas Anteil am weltweiten Chinahandel war in den 90er Jahren rückläufig, die Beziehungen zu Washington traten wieder in den Vordergrund, und der transpazifische Diskurs wurde zunehmend durch ostasiatische Formate ergänzt, die Ottawa ausschlossen. Nach dem 11. September 2001 und der Invasion im Irak wurde Kanada für chinesische Politik in dem Maße unwichtig, in dem Australien wichtiger wurde.

Diese Ausgangslage hat sich seit 2003 einmal mehr verändert. In diesem Jahr beriefen Kanada und China eine "strategische Arbeitsgruppe" zu Energiefragen und initiierten einen jährlichen diesbezüglichen Dialog. Im Januar 2005 vereinbarten beide Seiten eine enge Zusammenarbeit auf den Gebieten Öl, Gas, Ölsand, Energieeffizienz und Umwelt.³⁰ Im April 2005 erwarb die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) 16 Prozent an der kanadischen MEG Energy Corporation, die in der Mittelwestprovinz Alberta ölhaltige Sände ausbeutet. Zwei Tage später unterzeichnete die ebenfalls staatliche Petro China International mit dem kanadischen Pipelinebauer Enbridge eine Absichtserklärung über den Bau einer 1000 km langen Pipeline von Alberta zur Pazifikküste, durch die täglich 200 000 Barrel Rohöl an die Volksrepublik geliefert werden könnten. Weitere Großprojekte wurden in Aussicht genommen, darunter der Ausbau einer existierenden Pipeline von Alberta nach Vancouver³¹ und der Erwerb eines 40-prozentigen Anteils an dem Ölsandprojekt Northern Lights durch die China Petroleum and Chemical Corporation (Sinopec).³²

Während die kanadischen Abschlüsse im Vergleich mit chinesisch-australischen Vereinbarungen bisher wenig bedeutsam erscheinen, besteht noch viel Raum für Expansion, wie Hu Jintao anlässlich eines Kanada-Besuchs im September 2005 konstatierte³³ (bei dieser Gelegenheit avancierte Ottawa zu Pekings vollwertigem "strategischen Partner".³⁴ Tatsächlich verfügt Kanada mit 176 Mrd. Barrel über die zweitgrößten Ölsandreserven der Welt nach Saudi-Arabien.³⁵ Derzeit wird die Hälfte der Fördermenge in die USA exportiert, was Kanada für den Nachbarn zur wichtigsten ausländischen Quelle für Ölimporte macht. Während sich die Bush-Administration mit Kommentaren bisher zurückgehalten hat, haben einzelne amerikanische Kommentatoren bereits vor einem Nullsummenspiel gewarnt.³⁶

Irritationen, keine Brüche

Chinas wachsender Ressourcen hunger eröffnet für Rohstoffökonomien wie Australien und Kanada attraktive Perspektiven, sei es zum Abbau eines Leistungsbilanzdefizits wie im australischen Fall oder zur Relativierung einer einseitigen Fixierung auf den amerikanischen Markt wie im kanadischen. Peking hat versucht, Canberras zunehmende Abhängigkeit mehr oder minder feinfühlig in politisches Kapital (konkret: eine Neutralisierung Australiens in Taiwan-Szenarien) umzumünzen, was in Kanada angesichts einer dort latenten USA-Kritik verzichtbar schien (so scheiterte eine kanadische Mitwirkung an

orientierte "Pacific Gateway Initiative" partiell fortgeschrieben. Vgl. *Government of Canada Announces 'Pacific Gateway Strategy'*, (Ottawa: Government of Canada, 21.10.2005; online).

²⁹ Vgl. China, Canada Agree on Building Strategic Partnership (Ottawa: *Botschaft der Volksrepublik China*, 12.9.2005; online).

³⁰ Vgl. *Canada-China Statement on Energy Cooperation in the 21st Century* (Ottawa: Prime Minister's Office, 20.1.2005; online).

³¹ Vgl. Wenran Jiang, "The Dragon's Thirst for Canadian Oil", in: *China Brief*, Bd. 5, Nr. 11 (10.5.2005; online).

³² Vgl. "China's Designs on US Energy", in: *Foreign Report*, 18.8.2005, S. 3-5.

³³ Vgl. "China to Expand Relations with Canada: Hu", *Agence France-Presse*, 9.9.2005 (online).

³⁴ Vgl. *China, Canada Agree on Building Strategic Partnership*.

³⁵ Vgl. Jiang, "The Dragon's Thirst for Canadian Oil".

³⁶ Ebd.

Washingtons Raketenabwehrprojekt 2005 an der öffentlichen Meinung³⁷). Allerdings hat Ottawa im Pazifik keine Bündnisverpflichtungen und verfügt hier somit über mehr Flexibilität als Canberra. Deshalb kann Kanada seine Wirtschaftsbeziehungen zu China im Zweifel auch im Verhältnis zu den USA politisieren, so geschehen nach der Verhängung amerikanischer Strafzölle auf kanadische Korkexporte im Mai 2002, ein Vorgang, der angesichts der gemeinsamen Mitgliedschaft Washingtons und Ottawas in der Nordamerikanischen Freihandelszone North American Free Trade Area, Nafta) besonders brisant erschien und beim liberalen Premierminister Paul Martin (2003-2006) Zweifel hinsichtlich des Projekts der Bush-Administration für eine gesamtamerikanische Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTA) inspirierte.³⁸ Allerdings verlor Martin die Parlamentswahlen vom Januar 2006, und sein vermutlicher Nachfolger, der Konservative Stephen Harper, gilt insbesondere in militärischen Fragen wie Raketenabwehr als pro-amerikanisch.³⁹

Verglichen hiermit sieht sich Australien zunehmend zu einem Balanceakt genötigt. Die Regierung Howard hat sich für einen Ausbau der Allianz mit den USA entschieden, ist dabei aber bemüht, jeden Chinaaspekt herunterzuspielen. Ersatzweise engagiert sie sich gemeinsam mit Washington im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und hat in diesem Zusammenhang sogar eine eigene "Präemptivdoktrin" verkündet⁴⁰ (Canberra hatte am 11. September 2001 erstmals den Bündnisfall ausgerufen). Australien hat Truppen nach Afghanistan und in den Irak entsandt, die gemeinsam mit den USA betriebene Satelliten-Bodenstation Pine Gap bei Alice Springs mit Gerät zur Früherkennung von Raketenstarts ausgerüstet, zur Verbesserung der Interoperabilität beider Streitkräfte beigetragen, sich am Raketenabwehrprogramm der USA beteiligt und seine Nichtverbreitungspolitik mit Washington koordiniert.⁴¹ Im Februar 2004 unterzeichneten beide Seiten ein Freihandelsabkommen. Im Mai 2005 bezeichnete die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice Australien als "besten und ältesten Freund" (in der Region).⁴²

Die australische Labor-Opposition hat insbesondere das Irak-Engagement kritisiert und intensivere Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten verlangt.⁴³ 2004 sprachen sich in einer Umfrage 72 Prozent der befragten Australier gegen eine Beteiligung an einem Taiwan-Konflikt auf amerikanischer Seite aus.⁴⁴ Zwar gilt der neue Labor-Führer Kim Beazley als pro-amerikanisch und bekennt sich auch seine Partei zum gemeinsamen Anti-Terrorkampf mit den USA und einer aktiven Verteidigungspolitik in Südostasien und im Südpazifik, aber nicht zu Canberras Beteiligung an Washingtons Raketenabwehrprojekt mit seinen Implikationen für nordostasiatische Sicherheit.⁴⁵ Hier führt Australien seit 1990 einen sicherheitspolitischen Dialog mit seinem wichtigsten Handelspartner Japan,⁴⁶ in den die USA 2002 einbezogen wurden und der seit 2005 auf der Ebene der Außenminister durchgeführt wird. Der 2000 von dem Harvard-Professor und Bush-Berater Robert Blackwill gemachte Vorschlag für ein Militärbündnis

³⁷ Vgl. "Martin Will Reject Missile Defence: Report", *Canadian Broadcasting Corporation*, 23.2.2005 (online).

³⁸ Vgl. Sara Evans, "US-Canadian Softwood Dispute Still Defies Resolution", in: *Guerilla News Network*, 12.1.2006 (online).

³⁹ Vgl. Steven Staples, *Grading the Political Parties on Defence Policy* (Ottawa: Polaris Institute, 24.6.2004; online).

⁴⁰ Im Dezember 2002 provozierte Premierminister Howard in südostasiatischen Staaten Kritik, indem er sich dort für den Fall der Vorbereitung terroristischer Angriffe auf Australien das Recht auf Präventivschläge vorbehielt. Vgl. *People's Daily Online*, 3.12.2002.

⁴¹ Vgl. Mohan Malik, *Australia and the United States 2004-2005: All the Way with the USA?* (Honolulu: Asia-Pacific Centre for Security Studies, February 2005), S. 2.

⁴² Vgl. *Remarks with Australian Foreign Minister Alexander Downer* (Washington: Department of State, 4.5.2005 (online)).

⁴³ Vgl. "Australia's Labor Looks to Asia", *BBC News*, 7.4.2004 (online).

⁴⁴ Vgl. Hugh De Santis, "The Dragon and the Tigers. China and Asian Regionalism", in: *World Policy Journal*, Bd. 12, Nr. 2 (summer 2005), S. 23-36 (31).

⁴⁵ Vgl. Paul Dibb, *US-Australian Alliance Relations: An Australian View*, (New York: World Security Network Foundation, 7.12.2005; online).

⁴⁶ An diesem Dialog nehmen seit 1996 auch Militärs beider Seiten teil. Im selben Jahr vereinbarten Canberra und Tokyo einen militärischen Dialog und Austausch. Diese Kooperation wurde 2003 weiter ausgebaut.

zwischen den USA, Japan, Australien und Südkorea⁴⁷ war in Tokyo, Canberra und Seoul zurückhaltend aufgenommen worden, und der trilaterale Dialog ist das Ergebnis eines australischen Kompromissvorschlags.⁴⁸ Während sich Südkorea auf die Zeit nach dem Ende seines Bündnisses vorbereitet, hat Japan die Taiwanfrage im Februar 2005 zum Gegenstand seiner Allianzpolitik erklärt.⁴⁹ Unter solchen Umständen ist es möglich, aber derzeit wenig wahrscheinlich, dass die Dreierkooperation, wie von Howard angedeutet, in ein trilaterales Bündnis "hineinwachsen" könnte.⁵⁰

Man mag folglich davon ausgehen, dass Canberra seine Allianz mit Washington nicht nur mit Blick auf die regionale Variante des internationalen Terrorismus, sondern auch auf chinesische Restrisiken beibehält und ausbaut. Weil beide Probleme unterschiedliche militärische Instrumente erforderlich machen, sind Kontroversen hier in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen. Darüber hinaus ist der Versuch der Bush-Administration, ihre regionalen und globalen Militärstrategien zu kombinieren, dem australischen Ansatz konzeptionell entgegengesetzt und ist Canberra eben nicht Washingtons "Großbritannien in Asien".⁵¹

Zwischenzeitlich dürfte Australien einen "mittleren Kurs" zwischen seiner Bündnisverpflichtung und seiner Rücksichtnahme auf Peking steuern, wofür Canberras Nordkoreapolitik gewisse Anhaltspunkte liefert. Eine australische Verwicklung in einen neuen Konflikt auf der Koreanischen Halbinsel wäre angesichts fortbestehender Verpflichtungen aus dem Koreakrieg (1950-53) noch wahrscheinlicher als ein Eintritt in bewaffnete Auseinandersetzungen in der Taiwan-Straße. Folglich hat sich Canberra hier für eine Kombination aus Abschreckung in Gestalt seiner Teilnahme am Raketenabwehrprogramm der USA und der Proliferation Security Initiative (PSI) Präsident Bushs mit Dialog- und Hilfsangeboten an Nordkorea nach chinesischem und südkoreanischem Vorbild entschieden. Um aus dieser Zweigleisigkeit in eine glaubwürdige Mittlerrolle zu wachsen, bedarf es allerdings eines substantiellen Entgegenkommens des potentiellen Gegners, von dem man weiterhin nicht ausgehen kann.

Hatten australische und kanadische Vordenker noch in den frühen 90er Jahren unter dem Schlagwort "kooperative Sicherheit" Ergänzungen bzw. Alternativen zur amerikanischen Sicherheitsarchitektur im Pazifik entwickelt, so hat Canberra dieses Engagement seither zurückgefahren, während Ottawa mittlerweile das ökonomische Moment in den Vordergrund stellt. Damit werden neue sicherheitspolitische Ansätze heute vornehmlich innerhalb der Asean, in Südkorea und in China erörtert. Peking hat dabei zwar Anleihen bei der "kooperativen" Agenda gemacht, verfolgt aber im Übrigen eine relativ durchsichtige Taiwan-Strategie, die das eigene Bekenntnis zur friedlichen Konfliktlösung grundsätzlich wieder in Frage stellt. Unter anderem deshalb verabschiedete das kanadische Unterhaus 2005 gegen den Widerstand Chinas und der eigenen Regierung⁵² in erster Lesung ein Gesetz über die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Taipei.

Chinas Taiwan-Agenda steht symbolisch für eine Reihe problematischer Begleiterscheinungen des "Aufstiegs" der Volksrepublik, ein Konzept, das aber auch generell zu relativieren ist. Während Widersprüche zwischen Chinas politischem und wirtschaftlichem System die Möglichkeiten für eine Bündelung aller Kräfte des Landes stark einschränken, ist Pekings Ressourcendiplomatie eher Ausdruck wachsender Abhängigkeiten als einer kommenden Führungsrolle.

Was die Auswirkungen auf Bündnispartner der USA angeht, wird Chinas eigenes Verhalten zunehmend wichtig. Während Spannungen zwischen der Supermacht und der "aufsteigenden" Macht sozusagen struktureller Natur sind, werden Rohstoffexporteure wie Australien und Kanada in dem Maße zu Konzessionen an die Volksrepublik bereit sein, in dem diese selbst außenpolitisch konstruktiv auftritt. Das

⁴⁷ Vgl. Robert Blackwill, "An Action Agenda to Strengthen America's Alliances in the Asia-Pacific Region", in: ders./Paul Dibb (Hrsg.), *America's Asian Alliances* (Cambridge MA: MIT Press, 2000), S. 111-34.

⁴⁸ Vgl. *Sydney Morning Herald*, 31.7.2001, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief*, 2.8.2001 (online).

⁴⁹ Vgl. Xiao Qing, "China Expresses 'Serious Concern' over US-Japan Statement on Taiwan", *Agence France-Presse*, 20.2.2005 (online).

⁵⁰ Vgl. Dobell, "PM Sees Australia as Mediator".

⁵¹ So der ehemalige Abteilungsleiter im Pentagon, Kurt Campbell, zitiert in: *Sydney Morning Herald*, 1.4.2005 (online).

⁵² Vgl. "Canadian Foreign Minister Opposed to Taiwan Bill", *Taipei Times*, 19.8.2005, S. 3.

schließt Chinas Bereitschaft ein, beide Akteure in neue regionale Formate einzubeziehen und aktiv zur Stabilisierung des Status quo in der Taiwan-Straße beizutragen. In dieser Hinsicht gibt es bisher nur wenige Anzeichen. Insofern signalisieren die jüngsten chinapolitischen Spannungen zwischen Washington und seinen Alliierten Irritationen, aber keine bevorstehenden Brüche.